

2013

STEIRISCHES
Jahrbuch
für Politik

KARL / MANTL / POIER /
PRETTENTHALER-ZIEGERHOFER /
PRISCHING / SCHILCHER

Steirisches Jahrbuch für Politik 2013

Herausgegeben von
Beatrix Karl
Wolfgang Mantl
Klaus Poier
Anita Prettenthaler-Ziegerhofer
Manfred Prisching
Bernd Schilcher



2014

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2014 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, 1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Gesamtredaktion: Klaus Poier, Graz
Veröffentlicht mit Unterstützung des Vereins für Politik und Zeitgeschichte
sowie des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Bettina Waringer, Wien
Druck und Bindung: Theiss, St. Stefan im Lavanttal
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier
Printed in the EU
ISBN 978-3-205-79583-4

Vorwort

Das Steirische Jahrbuch für Politik 2013 ist in sieben Kapitel gegliedert. In der traditionellen Rubrik „Perspektiven der Zeit“ steht diesmal am Beginn ein umfassender Beitrag des bekannten Sozialethikers Leopold Neuhold, der sich unter dem Schlagwort „Frühlingserwachen in der Kirche“ dem neuen Papst Franziskus und möglichen Folgen dieser Wahl für Kirche, Gesellschaft und Politik widmet.

„Steiermark und Österreich live“ ist auch diesmal das zweite Kapitel des Jahrbuchs, das – außerhalb der Schwerpunktkapitel – wichtigen Ereignissen und ihrer Analyse der österreichischen und steirischen Politik im abgelaufenen Jahr gewidmet ist: der Wehrpflichtbefragung und ihren Auswirkungen auf Bundesheer und Zivildienst, dem Demokratievollsbegehren, den Landtagswahlen in Niederösterreich, Kärnten, Tirol und Salzburg, einer Analyse der medialen landespolitischen Arena, den Herausforderungen der Landesrechnungshofkontrolle, der Alpinen Ski-WM in Schladming, der Entwicklung von Wirtschaft, Industrie und Arbeitsmarkt samt Forderungen und Szenarien für die weitere Entwicklung, gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Informationsgesellschaft, speziell auch dem Thema Financial Literacy, der Neuordnung der Pädagoginnen- und Pädagogenbildung sowie der aktuellen Bildungspolitik allgemein, der Weltraumforschung in Graz, dem globalen und lokalen Problem des Bienensterbens, Katastrophenszenarien für die Steiermark, der Spionage- und Geheimdienstaffäre Edward Snowden, dem Vermächtnis Nelson Mandelas, der Entwicklung des österreichischen Films sowie dem Umgang mit der Kunst des Nationalsozialismus.

Das dritte Kapitel des Jahrbuchs ist der Nationalratswahl 2013 und ihren Folgen gewidmet. Nach einem einführenden Übersichtsbeitrag bieten die Klubobmänner/-frauen der sechs Parlamentsparteien eine – freilich jeweils subjektive – Rückschau auf die Wahl sowie die Regierungsbildung und skizzieren ihr Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode.

Das vierte Kapitel ist den aktuellen Reformen in der Steiermark gewidmet. Die Klubobmänner der beiden Reformpartner-Parteien legen einen Zwischenbericht und geben einen Ausblick auf die weiteren geplanten Schritte, die Klubchefs der Oppositionsparteien (mit Ausnahme der FPÖ, die keinen Beitrag zur Verfügung stellen wollte) nehmen aus ihrer Sicht Stellung. Das Kapitel schließt ein grundsätzlicher Beitrag zum „Wert“ der Steiermark.

Das fünfte Kapitel ist dem speziellen Thema der Gemeindefeststellungsreform gewidmet, das Beiträge über die grundsätzliche Regionalplanung, die historischen und rechtlichen Grundlagen sowie wirtschaftliche Aspekte der Reform einerseits, politische Stellungnahmen von Gemeinde- und Städtebund, betroffenen Bürgermeister sowie auch der kritischen Gemeindeinitiative andererseits enthält. Einen internationalen Vergleich bietet

der Beitrag des sächsischen Innenministers über Verwaltungs- und Gebietsreformen in seinem Heimatland.

Wie der grundsätzliche Beitrag in „Perspektiven der Zeit“ ist das sechste Kapitel des Jahrbuchs den Veränderungen in der katholischen Kirche gewidmet. Dieser Abschnitt enthält Beiträge über den neuen und den emeritierten Papst sowie den neuen Erzbischof von Salzburg, ebenso wird der weithin erwartete „Aufbruch“ in der Kirche aus verschiedenen Perspektiven analysiert und eingeschätzt.

Das siebente Kapitel ist schließlich wieder einem „Welt-Panorama“ gewidmet, in dem diesmal Wert und Entwicklung der sowie der Beitritt Kroatiens zur EU und die „schwierige Partnerschaft“ zwischen Russland und Europa analysiert sowie in einer Art Reisebericht Einschätzungen über die Entwicklungen in China dargelegt werden.

Jahresrückblick, Bildteil sowie Zusammenstellung der Wahlergebnisse seit 1945 finden sich auch im Anhang des Jahrbuchs 2013.

Das Steirische Jahrbuch für Politik wurde mit der Ausgabe für das Jahr 2000 als steirisches Pendant zu dem von Andreas Khol gelenkten Österreichischen Jahrbuch für Politik begründet. Mit der vorliegenden 14. Ausgabe folgt das Steirische Jahrbuch seinem „großen Bruder“ nunmehr auch verlagsmäßig und erscheint erstmals im Böhlau Verlag. Die Herausgeber danken Univ.-Prof. Dr. Andreas Schnider für die verlegerische Betreuung des Jahrbuchs in den vergangenen Jahren und dem Böhlau Verlag, namentlich Dr. Peter Rauch und Dr. Eva Reinhold-Weisz, für die Aufnahme des Jahrbuchs in sein Verlagsprogramm.

In unser Herausgaberteam ist nunmehr die Grazer Historikerin und ausgewiesene Europaspezialistin Anita Prettenthaler-Ziegerhofer eingetreten. Sie ersetzt Hildegunde Piza, die renommierte Chirurgin mit steirischen Wurzeln, die dem Jahrbuch als Mitherausgeberin viele Jahre zur Seite gestanden ist und der wir dafür an dieser Stelle unseren herzlichen Dank aussprechen dürfen.

Für das Jahrbuch 2013 gilt der Dank der Herausgeber den 66 Autorinnen und Autoren für ihre inhaltsreichen und spannenden Beiträge. Für die organisatorische und redaktionelle Mitarbeit danken wir ganz besonders Antonia Csuk, Mag. Doris Hammertinger, Katharina Holzmann, Mag. Katharina Konschegg, Mag. Manuel P. Neubauer sowie Gertrude Gorfer, Mag. Daniela Orthaber und Johann Trummer. Unser Dank gilt im Böhlau Verlag Mag. Bettina Waringer für die Herstellung.

Das Steirische Jahrbuch für Politik 2013 weist mit 396 Seiten nicht nur physisch, sondern auch inhaltlich eine enorme Breite an Themen und Inhalten auf und bietet nicht zuletzt durch die Kombination von authentischen Darlegungen und zeitnahen, kontextbezogenen Kommentierungen einen guten Einblick in die Geschehnisse und Entwicklungen des vergangenen Jahres. Die Herausgeber freuen sich, ein qualitativ hochwertiges und pluralistisches Werk der Dokumentation und Analyse der Entwicklung unseres Landes vorlegen zu können und hoffen auf entsprechende Resonanz.

Klaus Poier, Gesamtedakteur und Mitherausgeber

Inhalt

Perspektiven der Zeit

Leopold Neuhold

Papst Franziskus	13
----------------------------	----

Steiermark und Österreich live

Johanna Mikl-Leitner

Bilanz der Wehrpflichtbefragung	31
---	----

Gerald Klug

Das Bundesheer nach der Wehrdienstbefragung	35
---	----

Gerald Schöpfer

Der Zivildienst nach der Wehrdienstbefragung	41
--	----

Erhard Busek

In einer Demokratie Demokratie begehren?	45
--	----

Flooh Perlot

Die niederösterreichische Landtagswahl 2013	49
---	----

Kathrin Stainer-Hämmerle

Die Kärntner Landtagswahl 2013	55
--	----

Ferdinand Karlhofer

Die Tiroler Landtagswahl 2013	63
---	----

Armin Mühlböck

Die Salzburger Landtagswahl 2013	69
--	----

Heinz P. Wassermann

„Die Quellen wissen, dass sie maximal einmal lügen können.“	81
---	----

Margit Kraker

Herausforderungen der Landesrechnungshofkontrolle	93
---	----

Georg Bliem

Schladming/Steiermark: Das war die Alpine Ski-WM	97
--	----

Peter Schröcksnadel

Ski-Weltmeisterschaft 2013 Schladming: Erfolgsstory für Sport, Politik und Wirtschaft!	101
---	-----

Josef Herk/Robert Steinegger

Die Zukunft der steirischen Regionen als Wirtschaftsstandorte	105
---	-----

Jochen Pildner-Steinburg

Die Entwicklung der Wirtschaft aus Sicht der Industrie	115
--	-----

<i>Josef Pessler</i>	
Die Entwicklung der Wirtschaft aus Sicht der ArbeitnehmerInnen	121
<i>Franz Schellhorn</i>	
Fünf Chancen für Österreich	125
<i>Erich Maierhofer</i>	
Der Kampf um Aufmerksamkeit – ein Aspekt der Informationsgesellschaft . . .	129
<i>Anna Mostetschnig</i>	
Financial Literacy – die Lebenskompetenz des 21. Jahrhunderts	135
<i>Andreas Schnider</i>	
Die prozessorientierte Gesetzwerdung der Grundarchitektur für die Pädagoginnen- und Pädagogenbildung	141
<i>Martin Polaschek</i>	
LehrerInnenausbildung NEU aus Sicht der Universitäten	149
<i>Bernd Schilcher</i>	
Österreichs Sünden in der Bildungspolitik	153
<i>Wolfgang Baumjohann</i>	
Das Grazer Institut für Weltraumforschung: ein Profil	159
<i>Karl Crailsheim</i>	
Das Bienensterben, ein globales und lokales Problem	163
<i>Manfred Prisching/Sebastian Prisching</i>	
Katastrophenszenarien für die Steiermark	167
<i>Siegfried Beer</i>	
Klärendes (und Subjektives) zur Spionage- und Geheimdienstaffäre Edward Snowden	171
<i>Gerd Oberleitner</i>	
Nelson Mandela und sein Vermächtnis für die Menschenrechtspolitik	177
<i>Jakob M. Erwa</i>	
Österreich und der Film: Weltberühmt (nur nicht zuhause)	181
<i>Richard Kriesche</i>	
die kunst mit der kunst des nationalsozialismus	183
 Österreich nach der Nationalratswahl 2013	
<hr/>	
<i>Klaus Poier</i>	
Nationalratswahl 2013: Die österreichische Parteienlandschaft im Umbruch . .	189
<i>Andreas Schieder</i>	
Politik auf den Dialog ausrichten	197
<i>Reinhold Lopatka</i>	
Arbeit statt Protest	199

<i>Heinz-Christian Strache</i>	
Freiheit, Demokratie und Transparenz	203
<i>Eva Glawischnig</i>	
Mitten in der politischen Zeitenwende	207
<i>Kathrin Nachbaur</i>	
An unser Land glauben	209
<i>Matthias Strolz</i>	
Eine pralle Mischung aus Idealismus und Professionalität	211

Reformen in der Steiermark – ein Zwischenbericht

<i>Walter Kröpfl</i>	
Wahlergebnis 2015 darf Reformpartnerschaft nicht in Frage stellen!	217
<i>Christopher Drexler</i>	
Reformpartnerschaft – Zukunftspartnerschaft	221
<i>Sabine Jungwirth</i>	
Alternativen zum Veränderungskurs	223
<i>Claudia Klimt-Weithaler</i>	
Steirische „Reformen“ sind Gegenreformen	225
<i>Wolfgang Mantl</i>	
Der „Wert“ der Steiermark	227

Gemeindestrukturreform

<i>Doris Kampus/Martin Nagler</i>	
Regionalplanung und Gemeindestrukturreform	241
<i>Wolfgang Wlattnig</i>	
Streiflichter einer historischen Gemeindestrukturreform	247
<i>Erwin Dirnberger</i>	
Die Gemeindestrukturreform aus Sicht des Gemeindebundes	253
<i>Stefan Hoflehner</i>	
Die Gemeindestrukturreform aus Sicht des Städtebundes	255
<i>Max Taucher</i>	
Keine Zwangsfusionen gegen den Willen der Bevölkerung	259
<i>Ernst Gödl</i>	
Die Gemeindereform – die „harte Nuss“ der steirischen Reformpolitik	263
<i>Christoph Stark</i>	
Die Strukturreform in der Praxis betroffener Gemeinden	267
<i>Franz Prettenthaler</i>	
Die Gemeindestrukturreform aus wirtschaftlicher Sicht	271

Markus Ulbig

Sachsen auf dem Weg zur modernen Verwaltung – eine Bilanz
der Verwaltungs- und Gebietsreformen seit 1990 277

Aufbruch in der katholischen Kirche?

Pablo Argárate

Franziskus: Kirche als Ort der Barmherzigkeit 283

Peter Rosegger

Benedikt XVI. – Evangelium statt Staatsräson 287

Christian Lager

Erzbischof Dr. Franz Lackner OFM 291

Michael Kuhn

Ausbruch der Kirche aus der Selbstzufriedenheit 299

Helmut Schüller

Die Chance eines umfassenden Aufbruchs lebt 305

Hans Winkler

Die Kirche im Aufbruch? 309

Welt-Panorama

Anita Pretenthaler-Ziegerhofer

Wie wertvoll ist die Europäische Union?! 315

Beatrix Karl

Zur Entwicklung Europas 323

Nikolaus Hermann

Kroatien in der EU 327

Elizaveta Samoilova

Russland und Europa – eine schwierige Partnerschaft 331

Josef Mantl/Manuel P. Neubauer

Einmal China und zurück, bitte! 335

Anhang

Klaus Hatzl

Jahresrückblick 2013 341

Wahlergebnisse seit 1945 356

Bildteil 369

Autorinnen und Autoren 377

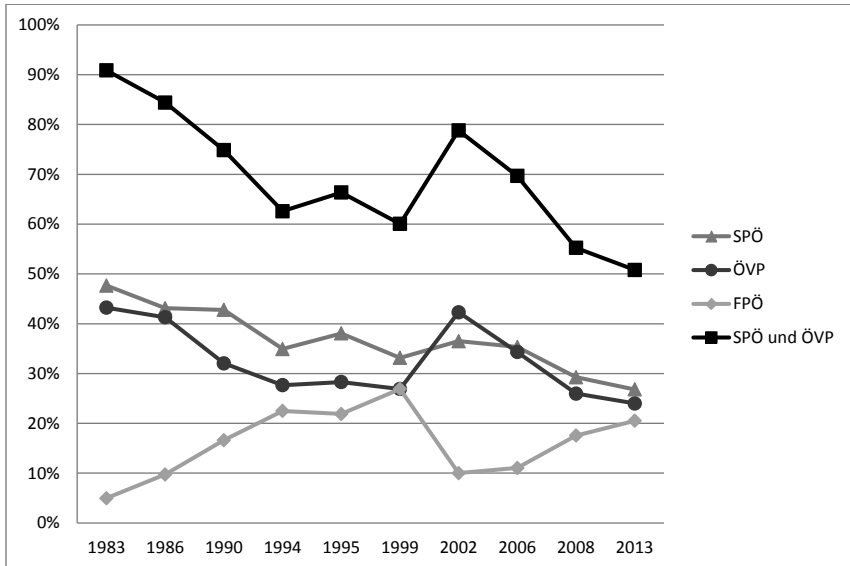
Nationalratswahl 2013: Die österreichische Parteienlandschaft im Umbruch

Ausgangslage: Die Parteienlandschaft vor der Wahl

Erstmals in der Geschichte der Republik Österreich konnte, nach der 2007 beschlossenen Änderung, eine Legislaturperiode des Nationalrates fünf (statt wie bisher vier) Jahre dauern. Diese Möglichkeit wurde von SPÖ und ÖVP, die nach der Nationalratswahl 2008 die Große Koalition fortgesetzt hatten, auch gleich beim ersten Mal voll ausgeschöpft. Dies ist nicht von vornherein selbstverständlich, da in der Zweiten Republik bislang in immerhin acht von zwanzig Fällen (40 %) vorgezogene Nationalratswahlen stattfanden und die vorletzte Legislaturperiode bloß zwei Jahre (2006 bis 2008) gedauert hatte.

Die primären Gründe für die offenkundig geringe Lust auf eine neuerlich vorgezogene Nationalratswahl dürften wohl in den Veränderungen in der Parteienlandschaft und den Erfahrungen aus der Nationalratswahl 2008 zu finden sein. Während die beiden traditionellen Großparteien SPÖ und ÖVP ab der Mitte der 1980er Jahre zu schrumpfen begannen und spätestens 1999, als die FPÖ knapp, aber doch zweitstärkste Partei vor der ÖVP wurde, das bisherige Parteiensystem als aufgelöst angesehen wurde, erlebten beide Volksparteien wenig später bei der Wahl 2002 – nach der Bildung der schwarz-blauen Regierung 2000 und den internen Zerwürfnissen innerhalb der FPÖ – eine weithin unerwartete Renaissance und erzielten gemeinsam knapp unter 80 % der Stimmen. Bei der Nationalratswahl 2006 verloren dann zwar beide Großparteien, blieben zusammen aber immerhin noch bei fast 70 % der Stimmen (siehe zur Entwicklung auch Abbildung 1). Viele in der ÖVP, die 2002 einen fulminanten Wahlgewinn eingefahren hatte, hielten das Ergebnis der Wahl 2006 wohl für ein Art Betriebsunfall und rechneten sich 2008 bei vorgezogenen Neuwahlen – nachdem in der 2006 gebildeten Großen Koalition kaum Einigung über Politikinhalt bzw. nennenswerte Reformen erzielt wurde – durchaus gute Chancen aus, wiederum Platz eins zu erringen. Dem war jedoch nicht so: Die SPÖ behauptete den ersten Platz, und überdies stürzten beide Regierungsparteien auf ihr bis dahin historisch schlechtestes

Abbildung 1: Parteienkonzentration in Österreich (1983 bis 2013)



Quelle: Eigene Darstellung aufgrund der Amtlichen Wahlergebnisse.

Wahlergebnis ab. Zusammen erzielten sie nur mehr etwas mehr als 55 % der Stimmen, 25 Jahre davor, 1983, lagen sie gemeinsam noch bei über 90 % der Stimmen.

Dennoch setzten SPÖ und ÖVP nach der Nationalratswahl 2008 – wenn auch mit geändertem Personal: Werner Faymann löste Alfred Gusenbauer als Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden, Josef Pröll Wilhelm Molterer als Vizekanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann ab – die bisherige Koalition fort. Die Neuauflage der geschrumpften „Großen“ Koalition lag auch an den fehlenden Optionen: Das Wahlergebnis 2008 ließ keine andere Zweiparteienkoalition zu und die übrigen Parlamentsparteien standen sich schon selbst derart konfrontativ gegenüber, dass eine Mehrparteienkoalition undenkbar erschien.

Die folgende Legislaturperiode 2008 bis 2013 kann insgesamt wohl durchaus als eine eher „unruhige“ Phase bezeichnet werden. Zum einen war sie (wirtschafts-)politisch stark von der Finanzmarkt-, Banken-, Wirtschafts-, Staatsschulden- und Euro-Krise geprägt. Dabei gilt es freilich zu konstatieren, dass der österreichischen Bundesregierung grundsätzlich durchaus zugute gehalten wurde, Österreich gut durch die Krise geführt zu haben. In vielen Kennzahlen (Arbeitslosigkeit, Wirtschafts„wachstum“ etc.) stand und steht Österreich besser da als viele andere europäische Staaten. Mit der Zeit wurde jedoch die Kritik immer stärker, dass die Regierung zu inaktiv (insbesondere im Reformtempo) sei und mehr verwalte als gestalte und dass Österreich insbesondere hinter Deutschland in der Wirtschaftsentwicklung immer deutlicher zurückbleibe. Zudem

kamen die Regierungsparteien in den letzten Jahren auch durch Korruptionsfälle und -vorwürfe sowie intransparente Parteienfinanzierung unter Druck.

Eine „unruhige“ Phase waren die letzten Jahre aber auch hinsichtlich der Entwicklung der Parteienlandschaft. Während es an der Spitze von SPÖ (Werner Faymann) und FPÖ (Heinz-Christian Strache) zu keinen Veränderungen kam, löste bei den Grünen Eva Glawischnig Alexander Van der Bellen (2009) und bei der ÖVP Michael Spindelegger Josef Pröll (2011) ab. Die größten Umbrüche und Veränderungen gab es aber außerhalb dieser vier schon länger etablierten Parteien. Gleich nach der Nationalratswahl 2008 verunglückte Jörg Haider tödlich, der für das BZÖ einen unerwarteten Erfolg (Platz vier vor den Grünen) erzielt hatte. War das BZÖ in weiterer Folge anfangs noch mit einem „Haider-Kult“ erfolgreich, wurde mit der Zeit immer deutlicher, dass ohne das bewährte Zugpferd – und insbesondere auch nach den Skandalen des Kärntner Parteiflügels – der Wiedereinzug in den Nationalrat nur schwer zu schaffen sein würde. Diese Auflösungserscheinungen des BZÖ nutzte Frank Stronach, der sich nach seinem Rückzug aus der Magna-Führung dazu entschloss, eine Partei in Österreich zu gründen. Um sich im Wahlkampf eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen (insbesondere um damit die Teilnahme an den ORF-Wahlkonfrontationen zu erreichen) warb er genügend Abgeordnete des BZÖ ab, um im Oktober 2012 einen eigenen Nationalratsklub „Team Stronach“ zu konstituieren. BZÖ-Chef Josef Bucher wurde von Stronach ebenso umworben, blieb aber schließlich dem BZÖ treu. Ebenso im Oktober 2012 kam es zur Gründung der „NEOS“ („Das neue Österreich“) durch Matthias Strolz, die sich als liberale Partei präsentierten und ein Wahlbündnis mit dem Liberalen Forum (LIF) und den Jungen Liberalen (JuLis) formten.

Vor der Nationalratswahl 2013 war die Parteienlandschaft damit wiederum bunter geworden. Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik gab es im Nationalrat sechs Klubs (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, BZÖ und Team Stronach). Mit den NEOS kam ein weiterer Kandidat für den Einzug in den Nationalrat hinzu, dessen Chancen allerdings anfangs eher gering eingeschätzt wurden. Anders wurden jene des Team Stronach beurteilt, dessen Potenzial – insbesondere nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Niederösterreich, Kärnten und Salzburg in der ersten Hälfte 2013 – in den Umfragen bei zumindest 15 % eingeschätzt wurde. Negativ schlug sich dies vor allem für die FPÖ nieder, die im Laufe der Legislaturperiode zwischendurch bereits auf Platz eins gesehen worden war, nunmehr aber nicht zuletzt auch aufgrund der neuen (populistischen) Konkurrenz in Umfragen wieder klar auf Platz drei zurückfiel. Je länger der Wahlkampf dauerte, umso mehr drehte sich jedoch wieder der Wind. Nicht zuletzt durch missglückte Fernsehauftritte Frank Stronachs (z.B. sein Eintreten für die Todesstrafe in der „ORF-Wahlfahrt“) verringerte sich die Zustimmung zum Team Stronach und erhöhte sich gleichzeitig wieder der Zuspruch zur FPÖ. Die NEOS, die lange Zeit in den Umfragen hinter den eigenen Erwartungen zurücklagen, erhielten in der letzten Phase des Wahlkampfes Unterstützung

durch den Unternehmer und früheren LIF-Abgeordneten Hans Peter Haselsteiner, der sich als Ministerkandidat der NEOS präsentierte.

Ergebnis: Die Parteienlandschaft nach der Wahl

Fast auf alle Parteien trifft zu, dass sie das Ergebnis der Nationalratswahl 2013 jeweils mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen konnten. Die SPÖ erzielte mit 26,82 % und 52 Mandaten das schlechteste Wahlergebnis der Geschichte und erlitt mit einem Minus von 2,44 Prozentpunkten und fünf Mandaten hinter dem BZÖ die größten Verluste unter allen Parteien. Dennoch blieb ihr – insbesondere auch angesichts der verlorenen Wehrpflichtbefragung im Jänner 2013 sowie der mit Ausnahme von Kärnten missglückten Landtagswahlen 2013 – Schlimmeres erspart: Sie konnte Platz eins deutlich behaupten und war vor allem auch weiterhin in der Lage, mit dem „Juniorpartner“ ÖVP die Koalition fortzusetzen. Auch die ÖVP erzielte mit 23,99 % und 47 Mandaten ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis. Letztlich war es für sie aber ein eher überraschender (Teil-)Erfolg, dass die Verluste mit 1,99 Prozentpunkten und vier Mandaten geringer ausfielen als jene der SPÖ. Der Schwung aus der „gewonnenen“ Wehrpflichtbefragung sowie den unerwartet stabilen Ergebnissen bei den Landtagswahlen – und dabei insbesondere der Wiedergewinnung des Landeshauptmanns in Salzburg –, konnte für die Nationalratswahl zumindest nicht ausreichend mitgenommen werden. Im Wahlkampf wurde kritisiert, dass Spitzenkandidat Michael Spindelegger in zu „ge-spindoctor-ter“ Weise den Anspruch zum Bundeskanzler stellte. Immer deutlicher war dann auch die „bürgerlich-agile“ Konkurrenz der NEOS zu spüren, sodass in der Schlussphase des Wahlkampfes sogar das Zurückfallen der ÖVP hinter die FPÖ als nicht unrealistisch angesehen wurde.

Tabelle 1: Ergebnis der Nationalratswahl 2013 (im Vergleich zu 2008)

Wahlbeteiligung	2013		2008	
	74,91 %		78,81 %	
	Ergebnis in %	Mandate	Ergebnis in %	Mandate
SPÖ	26,82 %	52	29,26 %	57
ÖVP	23,99 %	47	25,98 %	51
FPÖ	20,51 %	40	17,54 %	34
GRÜNE	12,42 %	24	10,43 %	20
FRANK	5,73 %	11	-	-
NEOS	4,96 %	9	-	-
BZÖ	3,53 %	-	10,70 %	21
Sonstige	2,05 %	-	6,09 %	-

Quelle: Amtliche Wahlergebnisse, entnommen der Homepage des BMI.

Platz eins oder zwei waren für die FPÖ insbesondere aufgrund der Veränderungen in der Parteienlandschaft daher außer Reichweite, mit 20,51 % und 40 Mandaten, somit einem Plus von 2,97 Prozentpunkten und sechs Mandaten, erzielte sie aber – abgesehen von neuen Parteien – die größten Zugewinne. Ebenso zulegen, wenn auch wieder in geringerem Ausmaß als im Vorfeld spekuliert, konnten die Grünen, die mit 12,42 % und 24 Mandaten, somit einem Plus von 1,99 Prozentpunkten und vier Mandaten, das beste Nationalratswahlergebnis ihrer Geschichte erreichten. Das Team Stronach (FRANK) schaffte den Einzug in den Nationalrat, blieb mit 5,73 % und elf Mandaten letztlich aber doch deutlich hinter den Erwartungen zurück, nicht zuletzt, da Frank Stronach sogar selbst Platz eins zum Ziel erklärt hatte. Die Überraschungspartei der Wahl waren hingegen die NEOS, die offenkundig in den allerletzten Tagen des Wahlkampfes noch deutlich zulegen konnten, und mit 4,96 % und zehn Mandaten schließlich doch deutlich den Einzug in den Nationalrat schafften. Das BZÖ scheiterte hingegen mit einem Minus von 7,17 Prozentpunkten an der Vierprozenthürde, wobei dies mit 3,53 % – wohl nicht zuletzt aufgrund der weithin als sehr geglückt beurteilten Fernsehauftritte des Spitzenkandidaten Josef Bucher – dann knapper war als allgemein erwartet. Die Wahlbeteiligung sank bei der Nationalratswahl 2013 um 3,90 Prozentpunkte auf 74,91 %.

Auffallend bei den Bundesländerergebnissen war vor allem, dass die FPÖ in der Steiermark Platz eins erzielte, während die beiden Regierungsparteien gerade hier mit einem Minus von jeweils mehr als fünf Prozentpunkten besonders schlecht abschnitten. In der öffentlichen Diskussion wurde in der Folge intensiv darüber diskutiert, ob dies primär als Reaktion der Bürger gegen die Politik der „Reformpartnerschaft“, insbesondere was die Themen Pflegeregress und Gemeindestrukturereform betrifft, anzusehen sei. Während die Gemeindestrukturereform wohl kaum Auswirkungen auf das Nationalratswahlergebnis gehabt haben dürfte – die von Zwangsfusionen betroffenen Gemeinden haben in Summe eine relativ kleine Einwohnerzahl –, dürfte der Pflegeregress durchaus größere emotionale Bedeutung in der Bevölkerung besitzen, als dies bis dahin wahrgenommen worden war. Bei der Erklärung des steirischen Wahlergebnisses gilt es aber vor allem zu beachten, dass das Team Stronach mit fast zehn Prozent der Stimmen weit über dem Bundesschnitt lag – hier dürften sich die steirische Herkunft Frank Stronachs sowie seine hohen wirtschaftlichen Investitionen in den letzten Jahrzehnten ausgewirkt haben. Darüber hinaus ist die Steiermark für die FPÖ bzw. das dritte Lager generell traditionell ein guter Boden; bereits bei der Wahl 2008 lagen FPÖ und BZÖ zusammen bei über 30 % der Stimmen. Zum Teil war auch bemerkbar, dass in höheren urban-bürgerlichen Schichten durch das Vorbild der steirischen Reformpartnerschaft der Kontrast zur geringeren Reformkraft der Bundesregierung besonders stark wahrgenommen wurde, wodurch verstärkt Proteststimmen vor allem in Richtung NEOS wanderten.

Das Bild der Parteienlandschaft bleibt nach der Nationalratswahl 2013 jedenfalls so bunt wie nie zuvor. Auch nach der Wahl gibt es weiterhin sechs Klubs im Nationalrat – mehr werden es im Übrigen bis zur nächsten Wahl nicht werden, eine Neugründung von Klubs erst im Laufe der Legislaturperiode wurde nun als Folge der jüngsten Ereignisse gesetzlich ausdrücklich ausgeschlossen. So bunt das Bild im Nationalrat, so zweitönig bleibt das Bild hingegen auf Regierungsebene: SPÖ und ÖVP nutzten die Möglichkeit, die „Große Koalition“, die nun mit kumuliert 50,81 % der Stimmen nur mehr knapp eine Mehrheit in der Wählerschaft hat (bezogen auf die Wahlberechtigten sind es ohnedies nur 37,35 %), fortzusetzen. Über andere Koalitionsvarianten wurde zwar in den Medien spekuliert – etwa SPÖ und FPÖ, die gemeinsam eine hauchdünne Mehrheit von einem Mandat hätten; ÖVP, FPÖ und FRANK; oder SPÖ, ÖVP mit Grünen oder/und NEOS – wurden tatsächlich aber nicht ernsthaft diskutiert oder verhandelt.

Statt einem derartigen Wechsel in der Regierungszusammensetzung versuchten es SPÖ und ÖVP in weiterer Folge mit einem neuen Format der Regierungsverhandlungen, die in größerem Rahmen, mit größerer Transparenz und unter Beiziehung von Experten über mehrere Wochen erfolgten. Das Ergebnis der Verhandlungen blieb allerdings – so die allgemeine Beurteilung in der Öffentlichkeit – hinter den dadurch geweckten Erwartungen zurück. Auf Seiten der ÖVP wurde als Zeichen der Innovation schließlich ein größerer personeller Umbau des Regierungsteams durchgeführt, beide Regierungsparteien erkoren auch neue Klubobmänner im Nationalrat.

Damit scheint den beiden Regierungsparteien jedenfalls bislang keine Trendumkehr gelungen zu sein: In den bisherigen Umfragen nach der Nationalratswahl fallen beide bisherigen Großparteien weiter zurück, während vor allem die FPÖ und die NEOS zulegen können. Das Team Stronach zeigt – nicht zuletzt durch den faktischen Rückzug Frank Stronachs – hingegen Auflösungstendenzen. Dabei handelt es sich freilich nur um Umfragen und ein Meinungsbild in einer bestimmten Zeitphase. Wie rasch sich Dinge ändern können und wie volatil der Wählermarkt ist, haben die letzten Jahre eindrucksvoll gezeigt. Neue Parteien entstehen und verschwinden wieder. Alte Parteien sacken ab und können plötzlich wieder zu unerwarteten Höhen aufstoßen. Zukunftsprognosen für die österreichische Parteienlandschaft sind daher kaum zu wagen. Die Regierungsparteien auf Bundesebene haben dabei auch den Vorteil, dass die nächste Nationalratswahl turnusmäßig erst im Herbst 2018 stattfinden muss – eine äußerst lange Zeitspanne, in der viel passieren und sich ändern kann. Weniger rosig scheint es derzeit hingegen für die Landesorganisationen der Regierungsparteien auszusehen, die in den nächsten Jahren Landtagswahlen zu schlagen haben. Mit einem Rückenwind von der Bundesebene können diese derzeit wohl kaum rechnen.

Auswahl Literatur

- Peter Filzmaier: Österreich vor der Nationalratswahl: Die große Vertrauenskrise, in: Beatrix Karl/Wolfgang Mantl/Hildegunde Piza/Klaus Poier/Manfred Prisching/Bernd Schilcher (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2012, Graz 2013, 151–156.
- Thomas Hofer: Von Mäusen und Milliardären, in: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hg.): Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre. Analysen zur Nationalratswahl, Wien 2014, 5–35.
- Institute for Social Research and Consulting (SORA)/Institut für Strategieanalysen (ISA): Wahlanalyse Nationalratswahl 2013. SORA/ISA im Auftrag des ORF (http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2013_NRW_Wahlanalyse.pdf; abgerufen am 15. April 2014).
- Andreas Khol: MIGROKO vor dem Ende? Auf dem Weg in eine neue Republik, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Wien/Köln/Weimar 2014, 3–14.
- Christian Moser: Die Koalitionsbildung – eine Chronologie, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Wien/Köln/Weimar 2014, 133–145.
- Heinrich Neisser: Regierungsprogramm 2013–2018, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Wien/Köln/Weimar 2014, 123–132.
- Hubert Sickinger: Politisches Geld. Parteienfinanzierung und öffentliche Kontrolle in Österreich, Wien 2013.
- Hubert Sickinger: Wahlkampffinanzierung, in: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hg.): Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre. Analysen zur Nationalratswahl, Wien 2014, 213–236.
- Franz Sommer: Nationalratswahl 2013. Ergebnisse, Trends und Muster im Wahlverhalten, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Wien/Köln/Weimar 2014, 51–63.
- Franz Sommer/Paul Unterhuber: Das Wahljahr 2013, in: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hg.): Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre. Analysen zur Nationalratswahl, Wien 2014, 195–212.
- Peter A. Ulram: Die Zeichen an der Wand. Analyse der Nationalratswahlen 2013, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Wien/Köln/Weimar 2014, 17–38.
- Werner Zögernitz/Stephan Lenzhofer: Politische Parteien. Recht und Finanzierung, Wien 2013.

Der „Wert“ der Steiermark

„Nirgendwo hat sich in der Neuzeit eine lebensfähige Demokratie herausgebildet, in der sich nicht politische Parteien entwickelt und eine wesentliche Rolle im politischen Prozess übernommen hätten.“¹

I. Die historisch-politische Entwicklung

Der Wert eines Landes lässt sich in einer Gesamtsicht nicht rein quantitativ festlegen, es bedarf einer qualitativen Gesamtinterpretation, die zeigt, wie sehr ein politisches System, wenn es schon nicht einen Alleinvertretungsanspruch für bestimmte Leistungen hat, so doch herausragende Erfolge zu verzeichnen vermag, die wie die Bergspitzen aus dem Nebel des Tales hervorragen.

Dies soll in diesem Aufsatz in vier Schritten unternommen werden:

Zuerst werden die historisch-politischen Voraussetzungen am Ende des Mittelalters und am Beginn der Neuzeit herausgearbeitet. Dann ist von Erzherzog Johann in seiner besonderen Stellung, geprägt von Aufklärung und Romantik, die Rede. Nach der katastrophalen Situation des Endes der Habsburgermonarchie, der Ersten Republik und der Okkupation der Steiermark durch den Nationalsozialismus folgt eine lange, intensive Periode des Wiederaufbaus und der Reform, mit besonders exzellenten Spezialleistungen. Ich schließe mit der Reformpartnerschaft in der Steiermark, die große Beachtung im deutschen Sprachraum gefunden hat.

Demokratie und Rechtsstaat sind die kompromissarischen Regierungsformen der friedlichen Entscheidungen, die nicht leicht zu finden sind. Ihr Aufbau und ihre Durchsetzung erfordern Arbeit, Initiative, Meinungsbildung, Entscheidung und Umsetzung.

Der Kompromiss demokratischer Politik dispensiert nicht vom Mut zum Neuen. Der Österreicher neigt dazu – wie Erhard Busek einmal ironisch bemerkte –, dass er den Kompromiss suche, ohne die Konflikte zu kennen. Es ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit, das Neue zu wagen, ohne die Freiheit und Gleichheit gewährleistenden Institutionen und Normen preiszugeben, ohne erreichte Wohlstands- und Sozialsituationen zu opfern. Sie müssen jedoch, um bewahrt zu werden, in die Zukunft hineinverwandelt werden.

In den Prozessen der Bewahrung und Erneuerung unserer Republik spielen die Bundesländer eine keineswegs unumstrittene, aber unbestreitbar starke Rolle. Darunter auch die Steiermark mit der zweitgrößten Stadt als Landeshauptstadt, mit zahlreichen höheren Schulen, Universitäten und Fachhochschulen, mit öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen, mit Betrieben aller Wirtschaftssektoren, mit einer immer noch differenzierten Medienlandschaft und einer reichen Kunstszene: aufbauend auf einer differenzierten Landesstruktur mit vielfältigen räumlichen Gegebenheiten, die oft ihre poetische, ja ihre künstlerische Resonanz gefunden haben. Jedenfalls geht es um eine Pluralität in der „Longue Durée“.

Die Kapazität der Steiermark wurzelt in den historischen Prozessen seit dem Ende des Mittelalters und dem Beginn der Neuzeit.² Die Steiermark meldet sich so bis heute immer wieder durchaus „lautstark“ in Gesamtösterreich zu Wort.

In der Zeit von Kaiser Friedrich III. in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bis zu Kaiser Ferdinand I., der am Beginn des Dreißigjährigen Krieges 1619 nach Wien übersiedelte, ist Graz, gerade unter dem Druck politischer, militärischer und konfessioneller Auseinandersetzungen herausgefordert, zusammen mit Prag wichtiger als Wien. Graz und Prag bilden eine durchaus konfliktreiche, aber unübersehbare historische „Spange“ in Mitteleuropa. Wien dagegen wird sogar 1485 bis 1490 durch den ungarischen König Matthias Corvinus, den Sohn Johann Hunyadys, besetzt. In Graz wurde die zweite Universität Österreichs gegründet und 1585 den Jesuiten unter effektiver Förderung des Hofes anvertraut.

Mit dem Dreißigjährigen Krieg tritt Wien seine beherrschende Rolle an.

II. Erzherzog Johann: Aufklärung und Romantik

Die Kapazität des Landes Steiermark wurde in den historischen Prozessen der letzten 500 Jahre aufgebaut. Dabei ging es immer auch um Reformen, die notwendigerweise „Einschnitte“ darstellen und daher schmerzhaft sind, wenn sie über das festrednerische Wellness-Geplapper hinausreichen wollen; bei verschiedenen Reformwellen Österreichs meldete sich die Steiermark immer wieder „lautstark“ gesamtösterreichisch zu Wort. Als moderne „Hochöfen“ zeigten sich die Universitäten des Landes.

Die Gestaltung und Vermittlung innovatorischer Vorgänge erfolgt in kreativen Milieus, die einen Zusammenklang von Freiheit, Offenheit, Pluralität und Sehnsucht nach Neuem bergen. Freilich muss immer bedacht werden, dass eine Gesellschaft demografisch alt wird, wenn sie kinderlos bleibt, und geistig alt, wenn sie sich beharrlich auf dem Polster des Status quo ausruhen will und für sie die Welt zum buntflimmernden Freizeitangebot schrumpft.

Ein Mann, der politisch und militärisch nicht erfolgreich war, aber gerade mit seinen privaten Initiativen der Steiermark zündende Impulse gab, ist Erzherzog Johann. In ihm

schießt mit anschaulicher Kraft zusammen, was die Größe und Schönheit dieses Landes ausmacht. Er vereint in seiner Person die Aufklärung mit all ihrem Erkenntnis- und Wissensdurst und mit ihrem Wunsch nach mannigfaltiger Innovation einerseits und die gleichzeitige durchaus romantische Hinwendung zum Volk, was wohl auch seine isolierte Stellung innerhalb der kaiserlichen Familie und der österreichischen Politik im Vormärz verstärkt hat.³

Erzherzog Johann wirkte 50 Jahre als Privatmann in der Steiermark. Und er wirkte mit einer gesamteuropäischen Einmaligkeit. Er baute auf dem modernen Erbe seines Vaters Leopold, zuerst Großherzog der Toskana und dann 1790–1792 Kaiser Leopold II., auf. Diese toskanische Welt, gekennzeichnet durch Natur- und Volksverbundenheit mit durchaus wissenschaftlicher Vertiefung, gipfelnd in einem weit der Zeit vorausseilenden toskanischen Verfassungsentwurf, 1779–1782 erstellt, also im Geburtsjahr Erzherzog Johanns abgeschlossen. Dieser Text war noch vor der Verfassung der USA 1787, der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791 und vor den französischen Verfassungsurkunden der Revolutionszeit 1789–1795 der kühnste Schritt zur rechtlichen Verankerung von Freiheit und Gleichheit der Bürger sowie gleichzeitiger Glücks- und Wohlstandsverheißung. Leider nicht in Kraft gesetzt.

Die von Erzherzog Johann bevorzugte steirische Tracht wurde allgemein beachtet. Wer Wollstrümpfe trägt, ist jenen verdächtig, die Seidenstrümpfe tragen. Man vergleiche nur die Portraits von Metternich mit jenen Erzherzog Johanns. Der „steirische Prinz“ erreichte seine große Volkstümlichkeit als aufgeschlossener, offener, menschenfreundlicher und die Wissenschaften fördernder, ja in ihnen wirkender europäischer Fürst, und dieses ihm entgegengebrachte Vertrauen brachte ihn dann als einen dem Machtspiel eigentlich „Fremden“ als Reichsverweser des deutschen Revolutionsgeschehens 1848/49 nach Frankfurt/Main. Er war für seine Zeit politisch akzeptabel, populär und blieb es etwa bei der Frankfurter Bürgerschaft bis zum Schluss. Freilich war dies nicht gleichbedeutend mit politischen Erfolgen.

Noch einmal sei es betont, dass er für die Steiermark als Privatmann wirkte, verheiratet mit einer Bürgerstochter – Anna Plochl –, entfaltete er höchste wissenschaftliche Interessen, immer auch mit Wurzeln in seiner Zeit. Seine zahlreichen Leistungen können hier nicht im Einzelnen dargestellt werden, es sei nur auf das von ihm 1811 gegründete Joanneum hingewiesen. Das Landesmuseum Joanneum war zugleich ein Forschungsinstitut wie eine Bildungs- und Lehranstalt mit großer Zukunftskraft. Das steirische Hochschul- und Universitätswesen ging daraus hervor, auch die Belebung der Grazer Universität 1827 hängt sehr eng mit diesem Aufbruchgeist zusammen. Die Französische Revolution hatte 1793 den Louvre für das Publikum geöffnet, 1802 stiftete Franz Graf Szèchenyi das ungarische Nationalmuseum und die ungarische Nationalbibliothek. Die Joanneumsidee fasste all diese Erfahrungen zusammen und steigerte sie zu einer dauerhaften Leistung. Da lebt der aufklärerische Geist seines Vaters Leopold fort, gerade in

der Betonung der Naturwissenschaften bis zur Gründung der Technischen Universität und der Montanistik, aber auch die Geisteswissenschaften kamen im Joanneum nicht zu kurz, gerade durch die Bibliothek und eine Kunstgalerie, vor allem einen Leseverein und ein Landesarchiv. Die Bibliothek umfasste 1843 13.500 Werke in 31.000 Bänden. Der Erzherzog abonnierte auf eigene Kosten 37 in- und ausländische Zeitungen. Es lagen auch 16 polizeilich verbotene Zeitungen auf. Im Joanneum vereinigte sich der formale Wissensdrang der Aufklärung mit der inhaltlichen Zuwendung zu Volk, Land und Geschichte im Sinne der Romantik.

Erzherzog Johann lebte nicht nur durch seine Herkunft, sondern gerade auch durch seine Weltgewandtheit auf Augenhöhe mit seiner Zeit. Diese „Weltneugierde“ wurde durch seine Reisen⁴, durchaus Forschungsreisen aus der Tradition der Aufklärung zum Teil mit Einsprengeln von „Industriespionage“, befriedigt. Die berühmteste Reise ist die von 1815/16 mit seinem jüngeren Bruder Erzherzog Ludwig nach England und Schottland, wo er sich für die Eisen- und Stahlindustrie sowie den Maschinen- und Lokomotivenbau interessierte und dabei James Watt begegnete. Dieser europäische Erfahrungsschatz schlug sich nieder in seinen regionalen Initiativen in der Steiermark.

Erzherzog Johann spielte auch in der Gründungsphase der Österreichischen Akademie der Wissenschaften⁵ in Wien eine beachtliche Rolle, obwohl er es seiner Gesamthaltung nach eher vorgezogen hätte, Regionalgründungen vorzunehmen. Noch Kaiser Ferdinand ernannte ihn 1846 zum Kurator der zu gründenden Akademie.

Erzherzog Johann bewegte sich in der Welt der Wissenschaft, aber auch im „grauen Rock“ als Jäger in der Natur. Er akzeptierte aber auch die industrielle Entwicklung. Naturwissenschaften waren Leitwissenschaften für ihn (Pflege von Botanik und Mineralogie). Ein symbolstarkes Bild der bei ihm wirksamen Aufklärungselemente ist die Tatsache, dass er von einem seiner Kammermaler, Ludwig Schnorr v. Carolsfeld, den Entwurf einer Statue George Washingtons anfertigen ließ, die im Palais Meran in Graz aufgestellt werden sollte. Dieser Plan wurde jedoch nicht ausgeführt.

Wenn wir diese Beobachtungen zusammenfassen, so sehen wir, wie sehr Erzherzog Johann in einer Schwellenzeit im Schnittpunkt von Absolutismus, Aufklärung und Revolution als Privatmann in der kreativen Spannung von Aufklärung und Romantik eine wichtige historische Rolle spielte. Er hat damit dauerhaft Wahrnehmungsfrische und Leistungsbereitschaft in das Land implantiert. Es sei noch auf eine interessante Beobachtung hingewiesen: Erzherzog Johanns Aktivitäten waren nicht staatspolitische, sondern gesellschaftliche Tätigkeiten, die häufig in Vereins- oder genossenschaftlicher Konstruktion erfolgten. Sehr früh gab es hier das, was man heute „Civil Society“ nennt, durchaus als Gegenpol zu der in Österreich so starken „politischen Kultur des Etatismus“, ähnlich den Gedanken Alexis de Tocquevilles nach dessen Besuch in den USA in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Die gesamte Lebenshaltung begründete Erzherzog Johanns Popularität in allen Schichten des Volkes bis heute. Erst in dieser Kombination von aufklärerischen und romantischen Traditionen wurde Erzherzog Johann zu jener „einmaligen“ Persönlichkeit der Steiermark, ja Europas, die ihresgleichen im 19. Jahrhundert und selbst noch in unserem Jahrhundert sucht und zumal in der Steiermark fortwirkende Ausstrahlung hat.

III. Wiederaufbau und Reform

Die Steiermark entwickelte sich im 19. und 20. Jahrhundert zuerst zu einer der großen Industrielandschaften der alten Monarchie und dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer postindustriellen Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft – wenn auch mit schwindender Zahl hatten die Berufe des Bauern und des Arbeiters geradezu archetypische Präsenz –, was sich im nach wie vor bestehenden politischen Gewicht der Interessenvertretungen von Bauern und Arbeitern niederschlägt.

Groß ist die Zahl der steirischen Errungenschaften, die der Steiermark nicht selten auch einen „Alleinstellungsanspruch“ vermittelten, der weit über die in ganz Österreich zu findenden Wiederaufbauaktivitäten hinausgeht.⁶

Vieles in der Wiederaufbauphase nach 1945 ist den österreichischen Bundesländern und der Republik Österreich gemeinsam. Doch zeichnen sich allmählich einige Besonderheiten ab, die eine außergewöhnliche Stellung der Steiermark erkennen lassen. 1945 bildete die rasche Gründung der Parteien und Verbände neben der Kontinuitätsbrücke der Kirche jene „Zwischendecke“ zwischen Bürger und Staat, die mit vielen Wandlungen bis heute unerlässlich ist.

Die Steiermark ist kein abgeschiedenes Land und selbstverständlich eingebettet in die großen Transformationen der Zeit. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass die Steiermark ein „Biotop“ der Vielfalt – landschaftlich, wirtschaftlich, kulturell und politisch – ist. Getragen wird dieses Land durch den Typus eines kritischen, dem Pluralismus offenen Landesbürgers, was sich in den politisch verschiedenen Wahlergebnissen vor allem in Graz zeigt. Es lässt sich ruhig sagen, dass die Steiermark mit ihrem jahrhundertalten Selbstbewusstsein wohl neben Wien und Tirol die größte Unverwechselbarkeit aufweist. Diese Akzentuierung erfolgte schon in der ersten Republik und wurde in den 50er Jahren, nicht zuletzt durch die Kulturpolitik Hanns Korens, politisch auch gestützt durch die beiden Landeshauptleute Josef Krainer sen. und jun. fortgesetzt.

Dennoch ist die Steiermark nicht in eine problemlose soziopolitische Situation eingebettet. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ist das Land in eine Randlage gedrängt, die immer wieder die Vitalisierung der Peripherie durch menschliche Leistung, gerade auch durch politische und wirtschaftliche Aktivität notwendig macht. Lange Zeit war auch die Steiermark durch eine Hyperstabilität des politischen Systems gekennzeichnet, was eine

Verlangsamung des Fortschreitens bedeutet. Man braucht neben Integration, Frieden und Stabilität auch Innovation und Kontrolle.

Historiker lehren, was Juristen, Soziologen und Ökonomen häufig übersehen, dass neben allen politischen Theorien und Programmen den persönlichen Konfigurationen eine große Bedeutung zukommt. Gerade hier war und ist die Steiermark durch Personen gekennzeichnet, die immer wieder auch in die Bundespolitik eingriffen:

Auf der Seite der SPÖ waren dies Reinhard Machold, Eduard Speck (gerade auch als Kulturpolitiker), Alfred Stingl, Christoph Klausner sowie Vater und Sohn Alfred und Peter Schachner-Blazizek und bis in die Gegenwart Franz Voves.

In der FPÖ stechen wieder ein Vater und sein gleichnamiger Sohn ins Auge: die beiden Alexander Götz, dann am Ende des 20. Jahrhunderts Michael Schmid.

Immer wieder brachten auch kleinere Parteien nach der Pluralisierung des Parteiensystems starke Köpfe hervor, wie Werner Kogler, Christian Brünner und andere.

Freilich ist die lange Zeit mit Mehrheit ausgestattete Landeshauptmannpartei ÖVP nicht zu vergessen: die Landeshauptleute Josef Krainer sen. und Josef Krainer jun., auch die Landeshauptleute Friedrich Niederl und Waltraud Klasnic, die erste Frau als Landeshauptmann eines Bundeslandes, der schon erwähnte Kulturpolitiker Hanns Koren, der Bürgermeister von Graz Siegfried Nagl. Organisatorisch war vieles getragen von Franz Wegart und Franz Hasiba, bis heute durch Reinhold Lopatka. Es gab auch halb vergessene und früh verstorbene steirische Nachwuchshoffnungen wie Erich Edegger und Hubert Schwab.

Eine große Hintergrundwirkung übte die katholische Kirche in der Steiermark aus – eine aufgeschlossene, kulturaffine Kirche – mit den Bischöfen Josef Schoiswohl, Johann Weber und Egon Kapellari samt seinem Weihbischof Franz Lackner, der jetzt Erzbischof von Salzburg ist.

Es gibt herausragende Errungenschaften der Steiermark, die sich entweder als Erfindung vor vielen anderen oder als eine eigene „Marke“ entwickelt haben. Dabei reicht das 20. Jahrhundert mit all seinen Höhen und Tiefen bis 2010. Die Steiermark bildet neben Wien den zweitgrößten Innovationscluster Österreichs. Sie besitzt alle Einrichtungen, die hierfür erforderlich sind, und sie besitzt auch die Menschen, die das leisten können. Freilich muss das Erworbene stets für die Zukunft adaptiert werden, nicht zuletzt unter dem Aspekt, dass sich der europäische und internationale Rahmen ändert.

Als eines der ersten Länder versuchte die Steiermark, Kunst und Wissenschaft, universitäre und außeruniversitäre Forschung zu verbinden, synergetisch zu fördern. Wer Wohlstand zu bewahren und zu vermehren sucht, wer die „Verarmung“ eines Landes verhindern will, muss Breite und Spitze in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Sport entwickeln. Er muss alle schöpferischen Kräfte nicht nur gewähren lassen, sondern ein Gespür für Offenheit und Kreativität, für Leistung und „Exzellenz“ entfalten. Dazu ist die Kraft der Forschung und der Wirtschaft erforderlich und die sie bedingende gesellschaftliche Geltung des Leistungsprinzips.

Schon 1956 erfolgte durch Josef Krainer sen. und seinen Landespartei sekretär Franz Wegart die erfolgreiche Entkoppelung der Landtagswahl von der Nationalratswahl, diese Tradition blieb aufrecht bis zu der für die ÖVP unglücklichen neuerlichen Zusammenlegung von 1995.

Sehr früh trachtete die Steiermark, auch noch zu Zeiten des bestehenden kommunistischen Systems in den Nachbarländern, Südosteuropapolitik zu betreiben, auch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria 1978 ist unter diesem Aspekt zu nennen – bis heute ist diese Richtung steirischer „Außenpolitik“ hochaktuell, wenn sich auch die politische Lage Südosteuropas und Ostmitteleuropas geändert hat.

Ein „Triebwerk“ waren – geradezu durch Jahrzehnte – das „Modell Steiermark“ der ÖVP und in den 70er Jahren die „Leitlinien für die Steiermark“ der SPÖ. Die Mitarbeiter in den Modellgruppen waren Grenzgänger zwischen Politik, Reflexion und Aktion und bedeuteten eine Modifikation einer Mitgliederpartei zu neuen Formen locker gewebter Wähler – und Klubparteien. Man kann sagen, dass die „Hoch-Zeit“ der Arbeit am „Modell Steiermark“ in den 70er und 80er Jahren lag. Es war eine Verwirklichung dessen, was man fachsprachlich „deliberative Demokratie“ nennt. Es ging um politische Planung durch eine Partei über Legislaturperioden und Kompetenzgrenzen hinaus, und zwar unter ehrenamtlicher Beteiligung von Wissenschaftlern, Parteifunktionären, Experten und Bürgern als Fachleuten des Alltages und der Lebensumwelt (auch jungen, noch nicht etablierten Kräften und Frauen), seien es nun Mitglieder oder Nicht-Mitglieder der Partei. Als Zusatzprodukt der Modellarbeit ergaben sich gleichsam als „Flaschenpost der Aufklärung“ Effekte der politischen Bildung und Popularisierung der wissenschaftlichen Methoden und künstlerisches Erfahrungswissen.

Auch in Zeiten knapper Ressourcen ist das Recht eine unverzichtbare Ressource, die man sich immer leisten muss. Die Steiermark war Avantgarde durch Schaffung eines Landesrechnungshofs (L-VG 29. Juli 1982, LGBl. 59) zwei Jahre vor dem Bundesland Salzburg, das 1984 einen Landesrechnungshof einrichtete. Das Steiermärkische Volksrechtgesetz vom 9. Juli 1986, LGBl. 82, trachtete, die Möglichkeiten der Länderkompetenz ergreifend, die direkte Demokratie und eben auch die Kontrolle zu positivieren. Der letzte Reformschritt in diese Richtung war dann das für Österreich singuläre Kontrollinitiative-Gesetz vom 7. Dezember 1989, LGBl. 22/1990, das konsequent partizipatorisch vorsieht, dass zwei Prozent der Landesbürger berechtigt sind, eine Kontrollinitiative zu beantragen, die darauf abzielt, die Durchführung einer Gebarungskontrolle durch den Landesrechnungshof zu ermöglichen.

Kulturpolitik wurde in der Steiermark nicht nur – wie sonst lange Zeit in Österreich – als Schulpolitik verstanden, sondern durch einen weiten Kultur- und Kunstbegriff belebt. Hanns Koren, der wohl größte Kulturpolitiker eines Bundeslandes, war die tragende Persönlichkeit. Dieser Kulturbegriff verstand sich nicht als „Ableger“ Wiens, wie das ja noch zum guten Teil bei anderen kulturellen Ereignissen in Österreich der Fall war und ist. Bei

aller Verwurzelung im Land war Korens Kulturbegriff auch ein Medium der Modernisierung, wobei er durch seine kluge Konservativität die schmerzlichen „Modernisierungskosten“ abfederte. Es kann hier nur eine straffe Anführung der zahlreichen Leistungen, die freilich stets vom Verblässen bedroht sind, erfolgen: Forum Stadtpark (ab 1960), Trigon (ab 1963), steirischer herbst (ab 1968), das Freilichtmuseum Stübing (ab 1970), dessen Fortbestand immer neu errungen werden muss.

Die Gründung der Kunstzeitschrift „Manuskripte“ von 1960 durch den größten lebenden steirischen Dichter Alfred Kolleritsch war vorbildlich für den ganzen deutschen Sprachraum. Schon in den 50er Jahren baute der Historiker Hermann Wiesflecker mit seiner Maximilianforschung eine beispielhafte Wissenschaftsorganisation auf, die gerade strukturell den Vergleich mit den großen Institutionen in Deutschland ehrenvoll besteht. Noch zu Lebzeiten Hanns Korens wurde 1985 die „styriarte“ vor allem durch die Einbindung des schöpferischen Dirigenten und Regisseurs Nikolaus Harnouncourt eröffnet.

Nach Hanns Korens Tod erfolgte 1992 die Revitalisierung des seit 1945 bestehenden „Europäischen Forums Alpbach“ durch die Steiermark. Allmählich wurde Koren in die „Ikonzität“ eines zweiten Erzherzog Johann entrückt, und man vergaß, dass er kämpfen und viele Angriffe in seine heiter-nachdenkliche Altersreife hineinvernarben musste.

Das Land Steiermark als „Heimat“ seiner Menschen samt ihren Manifestationen in Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Kunst und Sport gedeiht, wenn es ein partizipatorisches Einander-Vertrauen der Bürger gibt. Gute Politiker können kein Land „erschaffen“, aber sie schaffen die Rahmenbedingungen hierfür, dann wird das Wort „Heimat“ mit bergender Substanz erfüllt und damit der abgedroschenen Phrase entrisen.

IV. Reformpartnerschaft in der Steiermark

Das lange 20. Jahrhundert fand nach Konflikten zwischen den Parteien im Herbst 2010 ein Ende. Die Notwendigkeit einer Sanierung der Wirtschaft führte zu einer bemerkenswerten Reformbereitschaft, im Bewusstsein, dass Reformen nottun, auch wenn sie für die Beteiligten schmerzlich sind.⁷

Am 26. September 2010 fand die Wahl zum Steiermärkischen Landtag statt. Das Ergebnis erbrachte bei sinkender Wahlbeteiligung (69,54 % statt 2005 noch 76,18 %) einen Stimmenschwund beider Parteien: SPÖ und ÖVP, zumal der SPÖ, sodass zwischen beiden steirischen Großparteien nur noch ein Unterschied von 7.123 Stimmen vorhanden war. Die ÖVP kam auf 37,19 % (22 Landtagsmandate und vier Regierungssitze). Die SPÖ erreichte damals 38,26 % (23 Landtagsmandate und vier Regierungssitze). Beide Parteien erreichten zusammen 75,45 %, d.h. 45 Landtagsmandate und acht Sitze in der Landesregierung.

Nach erstaunlich raschen Verhandlungen wurde der Konflikt zwischen den beiden Parteien aufgegeben und schon drei Wochen nach der Landtagswahl am 19. Oktober

2010 ein Arbeitsübereinkommen unter dem Titel „Reformpartnerschaft“ vorgestellt. Die schwierige wirtschaftliche Lage erforderte eine Sanierungspolitik, zuerst für das Doppelbudget 2011 und 2012. Es ging also um eine Konsolidierung durch eine dezidierte Reformpolitik, mit notwendigen Sparmaßnahmen.

Unter diesen Aspekten wurden am 21. Oktober 2010 Franz Voves wieder zum Landeshauptmann und Hermann Schützenhöfer wieder zum Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt.

Am 30. Juni 2011 wurde die „Reformagenda Steiermark“ präsentiert. Die dringende Budgetkonsolidierung rief nach Strukturreformen in Land, Bezirken und Gemeinden. Das Interessante ist die emotionelle Abstützung dieser Reformbereitschaft durch die beteiligten politischen Spitzen. Dies gab es in Österreich wohl nur im Gründungsjahr der Zweiten Republik 1945, im Staatsvertragsjahr 1955 und beim EU-Beitritt 1994. Sonst überwog oft kleinlicher Konflikt.

Im politischen Alltag äußerte sich diese „Entente Cordiale“ darin, dass die Spitzen der Reformpartner im jeweils anderen Landtagsklub diskutierten und dass die Klubobleute Christopher Drexler und Walter Kröpfl gemeinsame Pressekonferenzen abhielten und gemeinsame Presseaussendungen machten.

Die Reformpartnerschaft wurde in der Öffentlichkeit zumindest anfangs von starker medialer Zustimmung gestützt. Freilich gab es bei den von Sparmaßnahmen Betroffenen auch Widerspruch, besonders im Sozialbereich.

Es geht hier nicht darum, die einzelnen rechtlichen Schritte zu explizieren. Als Resümee sei darauf hingewiesen, dass die Zusammensetzung des Landtages von 56 auf 48 Abgeordnete reduziert wurde, die Gesamtzahl der Mitglieder der Landesregierung mindestens sechs betragen muss und höchstens acht umfassen darf – es wird also ein Spielraum von sechs bis acht festgelegt. Der Steiermärkische Landtag hatte einmal 36 Abgeordnete, wurde dann auf 56 vergrößert und jetzt auf 48 reduziert.

In einer politikwissenschaftlichen Charakterisierung ist diese Reformpartnerschaft eine „Große Koalition“ als Sanierungspartnerschaft. In der „Reformagenda Steiermark“ wurde auch eine Verwaltungsreform vorgestellt: Verminderung der Referate und Abteilungen der Landesregierung von 50 auf 25, wobei freilich dienstrechtliche Kontroversen nicht ausblieben. In einer Pionierrolle befindet sich die Steiermark bei der Zusammenlegung von Bezirkshauptmannschaften, Bezirkslandwirtschaftskammern und Agrarbezirksbehörden. Stark in der Öffentlichkeit beachtet und auch immer wieder umstritten waren die Auflassung von Kleinstschulen, die Kostenpflichtigkeit von Kindergärten und einschneidende Sparmaßnahmen im Sozialbereich: Verkleinerung und Schließung von Spitälern, Pflegeregress nur in der Steiermark, was eben den Auseinandersetzungen um den Pflegeregress besondere Schärfe gab.

Einen weiteren Schritt stellt die Gemeindestrukturreform dar, die sehr umfangreiche Verhandlungs- und Durchsetzungsprozesse in Anspruch nimmt. Gerade bei den Gemein-

dereformen zeigt sich, welche große historische und aktuelle Bedeutung die Gemeinden in Politik, Wirtschaft und Kultur besitzen. Heftige politische Auseinandersetzungen brechen auf, manches wird auch vor dem Verfassungsgerichtshof ausgetragen werden: Dabei ist davon auszugehen, dass es keine Bestandgarantie für eine individuelle Gemeinde gibt (schon VfSlG 6697/1972 und 6742/1922).

Die Steiermark hatte im Jahre 1948 beim Amtsantritt von Landeshauptmann Josef Krainer sen. noch 1.400 Gemeinden. Bei seinem Tod 1971 gab es nur noch 526 Gemeinden. Die Überzeugung von der Sinnhaftigkeit einer Reduktion war der Ausgangspunkt. Freilich kann die sachliche Rechtfertigung im Einzelfall strittig sein und muss dann politisch und schließlich rechtsförmig ausgetragen werden.

Gemeindezusammenlegungen haben auch durchaus politische Konsequenzen, vor allem für die Rekrutierung, Erprobung und Aktivierung des politischen Personals. Die Verringerung der Gemeinden führt in realistischer Sicht vor allem zu Problemen für die ÖVP, heute aber auch schon für die SPÖ. Die Grünen sind immer noch überwiegend eine Stadtpartei, ähnlich die KPÖ. Die FPÖ arbeitet mit wenigen populistischen Spitzenpolitikern, die einfach das ganze Land „überziehen“.

Interessant ist, dass eine Direktwahl des Bürgermeisters (Art. 117 Abs. 6 B-VG) in der Steiermark noch nicht positiviert wurde. Unter Berücksichtigung gerade auch der Befindlichkeiten der bisherigen Gemeinden mit ihren Politikerpersönlichkeiten wurde festgelegt, dass zusammenhängende Siedlungen innerhalb einer Gemeinde als „Ortschaften“ bezeichnet werden können, ohne dass ihnen Rechtspersönlichkeit zukommt; das Gemeindewappen einer untergegangenen Gemeinde kann auch als Ortsteilwappen verwendet werden, wenn das Gemeindegebiet der bisherigen Gemeinde zum „Ortsverwaltungsteil“ erklärt wird. Unter Klugheitsaspekten wurde auch die Bestellung von „Ortsteilbürgermeistern“ vorgesehen. Für die rechtlichen Auseinandersetzungen gibt es eine reiche Judikatur des Verfassungsgerichtshofs; immer wieder wird das Erkenntnis VfSlG 8108/1977 über die als gleichheitswidrig qualifizierte Vereinigung der Gemeinden Alberndorf im Pulkautal mit Haugsdorf zur neuen Gemeinde Haugsdorf zitiert.⁸

Noch ein kurzes Wort zur Landeshauptstadt Graz – auch hier setzt sich nunmehr der Gemeinderat aus 48 statt bisher 56 Mitgliedern zusammen, der Stadtssenat aus sieben Mitgliedern.

Obwohl in meinen Augen die Reformpartnerschaft in der Steiermark zu den zentralen über die Steiermark hinausreichenden Ereignissen dieses Jahrzehntes zählt, darf man nicht in naive Lobeshymnen verfallen. Es ist ein historischer Prozess, der auch – wie stets in demokratischer Politik – spätestens nach einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren eine „Erschöpfung“ erwarten lässt. Wie schon erwähnt, handelt es sich in meinen Augen um eine starke „Große Koalition“, geradezu ein „National Government“, in Zeiten drängender wirtschaftlicher Sanierungsnotwendigkeiten. Die Reformen erforderten Raschheit durch Verstärkung der Effektivität des Staatshandelns mit Reformparteien als Prozessmotoren.

Gerade bei einer so starken Führung bleiben jedoch immer die Probleme der Verantwortlichkeit der Regierung und der Rolle der Opposition.

Es ergeben sich, wie jeder Blick in die Medien beweist, Konflikte mit den von Reformen Betroffenen. Wobei die Gewichte dieser Herausforderung der Reformparteien unterschiedlich sind: Bei der SPÖ geht es um den Pflegeregress, der bisher nicht abgeschafft wurde; bei der ÖVP liegt die größte Belastung darin, dass die Gemeindevereinigungen für sie das Problem der Verringerung ihres landesweiten Netzes von „kleinen“ Bürgermeister*innen und einer drohenden „Austrocknung“ der flächenweiten Parteiorganisation mit sich bringen.

Nicht leicht wird es sein, die Reformpartner vor der nächsten Landtagswahl 2015 in konkurrierende Aufstellung zu bringen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden stimmenmaximierende, aggressive Strategien unterlassen. Es gibt – abgesehen vom Wechsel der führenden Persönlichkeiten – den Ausweg vor der nächsten Wahl, die Zukunft der nächsten Gesetzgebungsperiode und nicht die Vergangenheit der Leistungen der Reformpartnerschaft in den Vordergrund zu stellen. Nur bei der Zukunftsgestaltung lassen sich Unterschiede der Positionen von SPÖ und ÖVP herausarbeiten. Erfolge der Reformpartnerschaft 2010-2015 werden sich nicht nur einer Partei zuordnen lassen. Als „Vorspann“ verdienen die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 und die steirischen Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2015 größte Aufmerksamkeit, wo auch wie schon bei der letzten Nationalratswahl 2013 die heftigen Vorstöße der FPÖ ins Kalkül zu ziehen sind.

Als Charakteristika der Reformpartnerschaft sind abschließend anzuführen: Unzweifelhaft stärkt die Partnerschaft die Reformparteien und mit ihr die Regierungsspitze, nicht den Landtag. Es kommt zu einer zumindest temporalen Ruhigstellung von Konflikten zwischen den Reformpartnern. Es ist geradezu eine Gleichstellung der Reformparteien und ihrer Spitzenpolitiker festzustellen. Viele Ereignisse des politischen Alltages lassen dies erkennen, etwa im gemeinsamen Auftreten bei Veranstaltungen und den Begrüßungen hierzu. Der Landeshauptmann reduziert seinen Amtsbonus. Der Landeshauptmann-Stellvertreter verzichtet auf dauernde Angriffe und auf eine Bereichsopposition in der Landesregierung. Das Erstaunliche, geradezu Unerwartete nach den vorangegangenen Konflikten des ersten Jahrzehntes in diesem Jahrtausend ist die Stützung der Reformpartnerschaft durch emotionelle Verbundenheit, durch Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen.

Die Pluralität ist das Signum der Moderne, auch in der Steiermark. Es gibt auch Menschen, die keine geschlossenen Biografien haben, bei denen sich nur zusammengeheftete Spickzettel der Erinnerung finden. Gerade da sind repräsentative Persönlichkeiten als Projektionsebenen des Vertrauens auf Dauer notwendig. Nur Spruch und Widerspruch führen aufklärend weiter. Zweifel und Selbstzweifel sind in Politik und Lebenswelt unvermeidlich. Die Leistung besteht darin, sie nicht in Verzweiflung enden zu lassen. Neues ist nicht nur hart, bedrohlich und schwierig, sondern auch jung, frisch und kräftig. Durch

die Erschütterungen der Zeitläufte bewegt sich und soll sich bewegen: ein „entnebelter Mensch“. Die politische Kultur der Steiermark muss diese Eigenschaften auch über Vibrationen der Geschichte aufweisen.⁹

- 1 Peter Graf Kielmansegg: Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat. Baden-Baden 2013, 71.
- 2 Günther Jontes: Die grüne, die eiserne Mark. Eine kurze Fassung der langen Geschichte der Steiermark. Trautenfels 2006. – Othmar Pickl (Hg.): 800 Jahre Steiermark und Österreich 1192-1992: Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe. – Joseph Wartinger: Kurzgefaßte Geschichte der Steiermark. 1815, Nachdruck. Graz 1995.
- 3 Vgl. Grete Klingenstein (Hg.): Erzherzog Johann von Österreich. Landesausstellung 1982. 2 Bde. Graz 1982. – Wolfgang Mantl: Erzherzog Johann – Innovationen zwischen Aufklärung und Romantik. In: Christian Brünner u.a. (Hg.): Mensch – Gruppe – Gesellschaft. Von bunten Wiesen und deren Gärtnerinnen bzw. Gärtnern. FS f. Manfred Prisching z. 60. Geb. Wien-Graz 2010, 83–97 (dort auch weitere Literatur). – Hermann Wiesflecker: Erzherzog Johann. Ein Leben für die Steiermark. Graz 1959 (eine sehr treffende Gesamtdeutung des Prinzen). – Karlheinz Wirnsberger (Hg.): Erzherzog Johann. Visionär der Habsburger. Tagungsband Symposium 15. Mai 2009. Stainz 2009.
- 4 Dazu neuerdings: Alfred Ableitinger/Meinhard Brunner (Hg.): Erzherzog Johann von Österreich. „Ein Land, wo ich viel gesehen.“ Aus dem Tagebuch der Englandreise 1815/16. Graz 2010.
- 5 Hedwig Kopetz: Die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Aufgaben, Rechtsstellung, Organisation. Wien-Köln-Graz 2006 (mit reicher Literatur).
- 6 Alfred Ableitinger/Herwig Hösele/Wolfgang Mantl (Hg.): Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz-Wien-Köln 2000. – Alfred Ableitinger/Dieter A. Binder (Hg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien-Köln-Weimar 2002. – Christian Brünner (Hg.): Korruption und Kontrolle. Wien-Köln-Graz 1981. – Christian Brünner/Wolfgang Mantl/Dietmar Pauger/Reinhard Rack: Verfassungspolitik. Wien-Köln-Graz 1985. – Joseph Desput (Hg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004. – Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz-Wien-Köln 2000. – Klaus Poier: Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlsystematik. Wien-Köln-Graz 2001.
- 7 Zur Entwicklung der politischen Agenda seit 2010 bieten reiche Dokumentationen Bände des „Steirischen Jahrbuchs für Politik“, die drei jüngsten Bände (2010, 2011 und 2012). Darüber hinaus finden sich Interpretationen in einer Sonderausgabe der „Wirtschaftspolitischen Blätter“ im Oktober 2013 durch die WKO Steiermark betreut, in diesem Heft kommen Fachleute wie Gunther Hasewend, Stefan Karner, Wolfgang Mantl und Manfred Prisching zu Wort.
- 8 Mit der Gesamtjudikatur zum Themenkomplex der Gemeindestrukturreformen beschäftigt sich eine Grazer Diplomandin der Rechtswissenschaften einlässlich: Katharina Holzmann: Gemeindefusionen – Verfassungsrechtliche Vorgaben und Praxisüberlegungen im Zusammenhang mit der Steiermärkischen Gemeindefusion. Graz (Rechtswiss. Diplomarbeit) 2014.
- 9 Mit Freude danke ich meinen Mitarbeiterinnen Ariane Filzmoser und Maria Mantl für ihre Unterstützung.